CISG-online 2468

Jurisdiction	Switzerland
Tribunal	Handelsgericht des Kantons St. Gallen (Commercial Court Canton St. Gallen)
Date of the decision	14 June 2012
Case no./docket no.	HG.2010.421-HGK
Case name	« <i>Bio Suisse</i> » certified organic juices and oils case

Erwägungen

I.

1.

Die Klägerin mit Sitz in A (bei B) widmet sich laut Handelsregisterauszug dem Import, Export und Handel mit Trockenfrüchten aller Art sowie deren Be- und Verarbeitung einschliesslich Verpackung. Die Beklagte mit Sitz in C (Gemeinde D) bezweckt gem. Handelsregisterauszug den Handel mit Holunderrohstoffen und -produkten, Lebensmitteln, Weinen und weiteren alkoholischen und nichtalkoholischen Getränken.

1

2. Die Parteien schlossen verschiedene Verträge über die Lieferung von Lebensmittelrohstoffen:

2

a)

Am 4. Februar 2009 schloss die Klägerin mit der Beklagten einen Vertrag über den Verkauf und die Lieferung von:

3

- 36 Kolli (Frachtstücke) à 200 kg Bio Suisse-zertifizierter Bio TK Grapefruitsaft (Italien) zu EUR 1.38/kg;
- 52 Kolli à 200 kg Bio Suisse-zertifizierter Bio TK Zitronensaft (Italien) zu EUR 1.65/kg;
- 1 Kolli à 5 kg Bio Suisse-zertifizierter Orangen Öl bio (Italien) zu EUR 18.00/kg;
- 1 Kolli à 5 kg Bio Suisse-zertifizierter Zitronen Öl bio (Italien) zu EUR 58.00/kg.

Der Rechnungsbetrag für den am 4. Februar 2009 abgeschlossenen Vertrag betrug insgesamt EUR 27'476.00.

b)

Am 9. Februar 2009 schlossen die Parteien einen Vertrag ab über den Verkauf und die Lieferung von 40 Kolli à 223 kg Bio Suisse-zertifizierten Bio Orangensafts aseptisch (Brasilien) zu EUR 1.50/kg. Der Rechnungsbetrag für den am 9. Februar 2009 abgeschlossenen Vertrag betrug insgesamt EUR 13'380.00.

4

c)

5

Am 14. April 2009 schlossen die Parteien einen Vertrag ab über den Verkauf und die Lieferung von:

- 102 Kolli à 200 kg Bio Suisse-zertifizierter Bio TK Zitronensaft (Italien) zu EUR 1.65/kg;
- 2 Kolli à 200 kg Bio Suisse-zertifizierter Bio TK Grapefruitsaft (Italien) zu EUR 1.38/kg.

Der Rechnungsbetrag für den am 14. April 2009 abgeschlossenen Vertrag betrug insgesamt EUR 34'212.00.

d)

6

Am 18. Mai 2009 schlossen die Parteien einen Vertrag ab über den Verkauf und die Lieferung von:

- 45 Kolli à 1 kg Bio Suisse-zertifizierter Orangen Öl bio (Italien) zu EUR 18/kg;
- 45 Kolli à 1 kg Bio Suisse-zertifizierter Zitronen Öl bio (Italien) zu EUR 58/kg.

Der Rechnungsbetrag für den am 18. Mai 2009 abgeschlossenen Vertrag betrug insgesamt EUR 3'420.00.

3.

Die Ware wurde wie folgt geliefert:

a)

7

Am 5. Februar 2009 erfolgte die Lieferung von 36 Kolli à 200 kg Bio TK Grapefruitsaft (Italien) und 52 Kolli à 200 kg Bio TK Zitronensaft (Italien) im Wert von EUR 27'096.00 an die Firma E bzw. F in G, wo die Ware tiefgekühlt gelagert wurde (Rechnung Nr. 31908).

b)

8

Am 6. Februar 2009 erfolgte die Lieferung von 1 Kolli à 5 kg Orangen Öl bio (Italien) und 1 Kolli à 5 kg Zitronen Öl bio (Italien) im Wert von EUR 380.00 an die Firma E bzw. F in G, wo die Ware gelagert wurde (Rechnung Nr. 31911).

c)

9

Am 11. Februar 2009 erfolgte die Lieferung von 40 Kolli à 223 kg Bio Orangensaft aseptisch (Brasilien) im Wert von EUR 13'380.00 an die Firma E bzw. F in G, wo die Ware tiefgekühlt gelagert wurde (Rechnung Nr. 31914).

d)

10

Am 15. April 2009 erfolgte die Lieferung von 102 Kolli à 200 kg Bio TK Zitronensaft (Italien) und 2 Kolli à 200 kg Bio TK Grapefruitsaft (Italien) im Wert von EUR 34'212.00 an die Firma E bzw. F in G, wo die Ware tiefgekühlt gelagert wurde (Rechnung Nr. 32161).

e)

11

Am 18. Mai 2009 erfolgte die Lieferung von 45 Kolli à 1 kg Bio Orangen Öl bio (Italien) und 45 Kolli à 1 kg Zitronen Öl bio (Italien) im Wert von EUR 3'420.00 an die Firma E bzw. F in G, wo die Ware gelagert wurde (Rechnung Nr. 32261).

4. 12
Im Zeitpunkt der Lieferungen waren die gelieferten Waren nicht Bio Suisse-zertifiziert («approved by Bio Suisse»), da die Genehmigungen durch Bio Suisse in Form von Kontrollbescheinigungen an die Beklagte noch nicht erfolgt waren. Die entsprechenden Kontrollbescheinigungen erhielt die Beklagte von Bio Suisse an folgenden Daten:
- a) 13
Die Genehmigung durch Bio Suisse für 36 Kolli à 200 kg Bio TK Grapefruitsaft und 52 Kolli à 200 kg Bio TK Zitronensaft (siehe E. 2a) erfolgte am 11. August 2010. Laut der Beklagten ist diese Kontrollbescheinigung erst im November eingegangen. Das genaue Eingangsdatum und der Grund für diese Verzögerung ist nicht bekannt.
- b) 14
Die Genehmigung durch Bio Suisse für 1 Kolli à 5 kg Orangen Öl bio und 1 Kolli à 5 kg Zitronen Öl bio (siehe E. 2a) erfolgte am 24. August 2009. Die Kontrollbescheinigung ist am 25. August 2009 bei der Beklagten – laut ihren Angaben – eingegangen.
- c) 15
Die Genehmigung durch Bio Suisse für 40 Kolli à 223 kg Bio Orangensaft aseptisch (siehe E. 2b) erfolgte am 26.10.2009. Die Kontrollbescheinigung ist am 27. Oktober 2009 bei der Beklagten – laut ihren Angaben – eingegangen.
- d) 16
Die Genehmigung durch Bio Suisse für 102 Kolli à 200 kg Bio TK Zitronensaft und 2 Kolli à 200 kg Bio TK Grapefruitsaft (siehe E. 2c) erfolgte am 24. August 2009. Die Kontrollbescheinigung ist am 25. August 2009 bei der Beklagten – laut ihren Angaben – eingegangen.
- e) 17
Die Genehmigung durch Bio Suisse für 45 Kolli à 1 kg Bio Orangen Öl bio (Italien) und 45 Kolli à 1 kg Zitronen Öl bio (siehe E. 2d) erfolgte am 14.10.2009. Die Kontrollbescheinigung ist am 15. Oktober 2009 bei der Beklagten – laut ihren Angaben – eingegangen.
5. 18
Die Beklagte hat die Rechnungen Nr. 31908 (siehe E. 3a), Nr. 31911 (siehe E. 3b) und Nr. 31914 (siehe E. 3c) am 13. März 2009 beglichen. Auf die Erkundigung der Beklagten nach dem Stand der Rohstoffgenehmigungen durch Bio Suisse bei der Klägerin, antwortete diese am 7. August 2009 per E-Mail und räumte hinsichtlich der von ihr zu beschaffenden Bio Suisse-Zertifizierungen für die Gesamtheit der gelieferten Ware teilweise ein Eigenverschulden ein. Am 15. Oktober 2009 forderte die Klägerin per E-Mail die Beklagte auf, die offenen Rechnungen (Nr. 32161 und Nr. 32261) in der Höhe von EUR 37'632.00 zu begleichen. Diese Rechnungen betrafen die Lieferungen vom 15. April 2009 und vom 18. Mai 2009. Die betroffenen Rohstoffe waren zum Zeitpunkt des E-Mailversands von Bio Suisse bereits genehmigt (siehe E. 4e). Am 28.10.2009 meldete sich die Klägerin via E-Mail erneut bei der Beklagten und bat um den dringenden Ausgleich der offenen Rechnungen. Zu diesem Zeitpunkt lagen der Beklagten die Bio Suisse Genehmigungen für die noch unbezahlten Waren bereits vor. Gleichtags antwortete die Beklagte in einem E-Mail, dass sie die offenen

Rechnungen begleichen werde, sobald die Kontrollbescheinigungen von Bio Suisse genehmigt seien.

6.

Im Schreiben vom 23. März 2010 hielt die Beklagte fest, dass die offenen Rechnungen (Nr. 32161 und Nr. 32261) in der Höhe von EUR 37'632.00 nicht strittig seien, deren Begleichung allerdings erst nach Erhalt von Spezifikationen zu den Waren/Rechnungen Nr. 31908, 31911, 31914, 32161 und 32261 erfolgen werde. Die Beklagte forderte deren Zustellung bis zum 31. März 2010 und fügte an, dass sie sich bei nicht rechtzeitigem Erhalt die Geltendmachung sämtlicher Ansprüche vorbehalte. Am 6. April 2010 bestätigte die Beklagte den Erhalt der Spezifikationen und machte gleichzeitig das Fehlen von Nährwertangaben (gesamthaft) und das Fehlen von mikrobiologischen Kennzahlen beim Orangen Öl und Zitronen Öl (Rechnungen Nr. 31911 und 32261) geltend.

19

7.

Mit Eingabe vom 20. Oktober 2010 machte die Klägerin das vorliegende Verfahren anhängig. Am 9. März 2011 erstattete die Beklagte die Klageantwort. Am 26. Oktober 2011 erstattete die Klägerin die Replik, am 1. Februar 2012 die Beklagte die Duplik. Am 14. Juni 2012 fand die Hauptverhandlung statt. In der unmittelbar anschliessenden Beratung fällte das Gericht seinen Entscheid und verschickte das Dispositiv an die Parteien.

20

II.

1.

Es handelt sich beim vorliegenden Rechtsstreit um einen internationalen Sachverhalt, da Klägerin und Beklagte Sitz in verschiedenen Staaten haben. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen. Gemäss Art. 2 Abs. 1 LugÜ sind Personen, die ihren Wohnsitz in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates haben, vor den Gerichten dieses Staates zu verklagen. Die Beklagte hat ihren Sitz in D im Kanton St. Gallen. Damit ist die örtliche Zuständigkeit des Handelsgerichts gegeben.

21

2.

Am 1. Januar 2011 trat die Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO/CH; SR 272) in Kraft. Gemäss Art. 404 ZPO/CH gilt für Verfahren, die bei dessen Inkrafttreten am 1. Januar 2011 rechtshängig waren, das bisherige Verfahrensrecht bis zum Abschluss der betroffenen Instanz. Auf das vorliegende Verfahren findet damit die kantonale Zivilprozessordnung Anwendung. Gemäss Art. 14 Abs. 1 ZPO/SG ist das Handelsgericht für Streitigkeiten zwischen Parteien zuständig, die im schweizerischen Handelsregister oder in einem entsprechenden ausländischen Register eingetragen sind, sofern die Streitigkeit mit der gegenseitigen geschäftlichen Tätigkeit zusammenhängt und der Streitwert CHF 30'000.-- übersteigt. Die Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt und das Handelsgericht somit sachlich zuständig. Die Klägerin ist im Handelsregister des Amtsgerichts Lübeck (Deutschland) eingetragen und die Beklagte im Handelsregister des Kantons St. Gallen. Die Streitigkeit hängt mit der gegenseitigen geschäftlichen Tätigkeit der Parteien zusammen. Zur Bestimmung des Streitwerts ist der in Euro eingeklagte Betrag im Zeitpunkt der Klageeinreichung in Schweizer Franken umzurechnen (*Leuenberger/Uffer-Tobler*, ZPO SG – Kommentar zur

22

Zivilprozessordnung des Kantons St. Gallen, Bern 1999, Art. 73 N 3e; BGE 63 II 34). Der Streitwert beträgt demnach mehr als CHF 30'000.-- (EUR/CHF am 21. Oktober 2010: 1.34).

3.

Sowohl Deutschland wie auch die Schweiz haben das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenverkehr vom 11. April 1980 (Wiener Kaufrecht, SR 0.221.211.1; folgend: WKR) in Kraft gesetzt. Es ist auf Kaufverträge über Waren zwischen Parteien unmittelbar, d.h. aufgrund autonomer Anwendungsvoraussetzungen, anzuwenden, wenn sie ihre Niederlassung im Sinne von Art. 10 lit. a WKR in verschiedenen Vertragsstaaten haben (Art. 1 Abs. 1 lit. a WKR). Diese Voraussetzung ist im vorliegenden Fall offensichtlich erfüllt.

23

An der Anwendbarkeit des WKR vermag im Übrigen auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Klägerin in den Rechnungen auf die Geltung ihrer Geschäftsbedingungen hingewiesen hat. Die Rechnungen sind der Beklagten erst mit der Warenlieferung, das heisst nach Vertragsabschluss zugestellt worden. Die Geschäftsbedingungen bildeten demnach nicht Teil der ursprünglichen Vereinbarung. Eine nachträgliche Einigung kam ebenfalls nicht zustande, weigerte sich doch die Beklagte im Schreiben vom 23. März 2010 ausdrücklich, die Geschäftsbedingungen der Klägerin zu akzeptieren.

24

III.

1.

Es ist unbestritten, dass zwischen den Parteien am 14. April 2009 und am 18. Mai 2009 gültige Verträge über den Kauf und die Lieferung von Waren zustande gekommen sind.

25

2.

Gemäss Art. 35 Abs. 1 WKR hat der Verkäufer Ware zu liefern, die in Menge, Qualität und Art den Anforderungen des Vertrages entspricht. Menge und Art der gelieferten Ware ist im vorliegenden Rechtsstreit nicht strittig. Was die Qualität der Ware angeht, so wurde in der Vertragsabrede ausdrücklich vereinbart, dass die Ware Bio Suisse-zertifiziert sein muss. Als Importeur von Bioprodukten kann man diese nur als Bio Suisse-anerkannte Produkte vermarkten, wenn man als Lizenznehmer von Bio Suisse für jede Importlieferung eine Kontrollbescheinigung für die Einfuhr von Erzeugnissen aus biologischer Landwirtschaft («Kontrollbescheinigung») vorweisen kann, welche mit einer mengenmässigen Knospe-Anerkennungsbestätigung von Bio Suisse («Knospe-Stempel») versehen ist (siehe Bio Suisse Richtlinien für die Erzeugung, Verarbeitung und den Handel von Knospe-Produkten, Fassung vom 1. Januar 2009, S. 35).

26

a)

Fehlende Dokumente können im Einzelfall eine Qualitätsabweichung i.S.v. Art. 35 Abs. 1 WKR darstellen (*Schwenzer*, in: *Schlechtriem/Schwenzer* (Hrsg.), *Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG* –, 5. Aufl., München 2008, N. 9 zu Art. 35). Gemäss Art. 36 Abs. 1 WKR ist der massgebliche Zeitpunkt für die Beurteilung der Vertragsmässigkeit der Ware der Gefahrübergang auf den Käufer. Erfordert der Kaufvertrag eine Beförderung der Ware und ist der Verkäufer nicht verpflichtet, sie an einem bestimmten Ort zu übergeben, so geht die

27

Gefahr auf den Käufer über, sobald die Ware gemäss dem Kaufvertrag dem ersten Beförderer zur Übermittlung an den Käufer übergeben wird (Art. 67 WKR).

b)

Die gelieferten Rohstoffe waren zum Zeitpunkt des Gefahrenübergangs auf die Beklagte nicht Bio Suisse-zertifiziert. Die Kontrollbescheinigungen, mit denen Produkte als Bio Suisse-zertifiziert vermarktet werden können, wurden der Beklagten erst Monate später zugestellt. Dabei gilt zu beachten, dass es hier nicht darum geht, ob die Klägerin ihrer Verpflichtung zur Vorlage von warenbegleitenden Papieren im Sinne von Art. 30 und 34 WKR nachgekommen ist. Die erforderlichen Kontrollbescheinigungen durch Bio Suisse haben hier keine eigenständige Bedeutung. Vielmehr macht ihr Fehlen die Ware selbst vertragswidrig im Sinne von Art. 35 Abs. 1 WKR (siehe OLG München, 13. November 2002, CISG-online 786).

28

c)

Das WKR enthält keine ausdrückliche Norm, die einer Partei ein allgemeines Leistungsverweigerungsrecht bei einer Vertragsverletzung der Gegenseite einräumt. Ein solches Zurückbehaltungsrecht wird allerdings in einzelnen Vorschriften impliziert (vgl. Art. 58 Abs. 1 S. 2; Art. 58 Abs. 2; Art. 71; Art. 85 S. 2; Art. 86 Abs. 1 S. 2 WKR). Daraus lässt sich – in Übereinstimmung mit der neuesten Rechtsprechung (siehe OGH, 8.11.2005, CISG-online 1156) – ein allgemeines und gemäss Art. 7 Abs. 2 WKR anzuwendendes Zurückbehaltungsrecht ableiten (*Hager/Maultzsch*, in: Schlechtriem/Schwenzer (Hrsg.), Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –, 5. Aufl., München 2008, N 13 zu Art. 58).

29

Die Beklagte durfte demnach bis zur Ausstellung der jeweiligen Kontrollbescheinigungen durch Bio Suisse die Zahlung verweigern. Der Kaufpreis für die Rechnung Nr. 32161 über EUR 34'212.00 wurde somit frühestens am 24. August 2009 und derjenige für die Rechnung Nr. 32261 über EUR 3'420.00 frühestens am 14. Oktober 2009 fällig.

30

3.

Ob die Kaufpreise an den genannten Daten tatsächlich fällig im Sinne von Art. 58 WKR wurden, hängt davon ab, ob die von der Beklagten geforderte Beibringung der Spezifikationen durch die Klägerin ebenfalls eine Vertragswidrigkeit der Warenlieferung durch die Klägerin gem. Art. 35 WKR begründet.

31

a)

Die von der Beklagten zusätzlich geforderten Warenspezifikationen (u.a. über Nährwerte und mikrobiologische Angaben) sind – neben den Bio Suisse-Kontrollbescheinigungen – ebenfalls Streitgegenstand im vorliegenden Verfahren. Die Klägerin argumentiert, dass die gelieferten Waren einerseits die Eigenschaften aufzuweisen hätten, welche Gegenstand der Vertragsabreden (Bio Suisse-Konformität) bildeten und andererseits den Merkmalen der Muster entsprechen müssten, die von der Klägerin vorgelegt und von der Beklagten gebilligt wurden. In der Folge stünde die Vorlage weiterer Spezifikationen im Widerspruch zum Kauf nach Muster. Überdies seien die Spezifikationen – wenn sie benötigt oder gewünscht würden – jeweils vor der Warenlieferung anzufordern, und nicht wie im vorliegenden Fall Monate nach Vertragsschluss. Die Beklagte bestreitet, dass es sich bei den abgeschlossenen Verträgen um

32

Kaufverträge nach Muster handle. Einerseits hätten sie nur zu drei Warenarten Muster erhalten (Orangensaft, Orangen- und Zitronenöl) und andererseits hätte es sich dabei um Muster gehandelt, mit denen der Beklagten lediglich ein allgemeines Bild der äusseren Beschaffenheit und des Geschmacks der Ware hätte vermittelt werden sollen und folglich unverbindlich seien. Unter anderem deshalb sei ihre Forderung nach Spezifikationen gerechtfertigt, aber v.a. auch weil sie ohne die Spezifikationen die Ware nicht verwenden könne, weil diesbezüglich – nach den Vorgaben der Lebensmittelgesetzgebung – ein Verarbeitungsverbot bestehe, welches sich aus dem Täuschungsverbot (Art. 10 LGV) und der Pflicht zur Selbstkontrolle (Art. 50 ff. LGV) ergebe. Fest steht allerdings, dass die Vorlage von Warenspezifikationen nicht ausdrücklich Teil der Vertragsabreden bildete.

b)

Haben die Parteien gewisse Eigenschaften des Vertragsgegenstandes nicht bzw. nicht detailliert festgelegt, so entspricht die Ware dem Vertrag u.a. dann, wenn sie die Eigenschaften einer Ware besitzt, die der Verkäufer dem Käufer als Probe oder Muster vorgelegt hat (Art. 35 Abs. 2 lit. c WKR). Allerdings gilt zu beachten, dass die Vorlage einer Probe bzw. eines Musters nicht immer zu einer verbindlichen Festlegung der Beschaffenheit der Ware führt. Das Muster kann unverbindlich zur Ansicht vorgelegt worden sein, sodass der Verkäufer nicht vertraglich an die Beschaffenheit des Musters gebunden ist (MünchKommBGB/Gruber, Art. 35 CISG Rn. 27 f.).

33

c)

Hinsichtlich der Beurteilung, ob es sich bei den im vorliegenden Rechtsstreit abgeschlossenen Verträgen um Kaufverträge nach Probe bzw. Muster handelt, gilt es zu berücksichtigen, dass die Beklagte nicht darlegt, welche besonderen Eigenschaften die Muster aufgewiesen hätten, an denen die Klägerin hätte erkennen können, welchen Anforderungen die Ware genau hätte entsprechen sollen. Die Tatsache, dass nicht erstellt ist, dass bei den Mustern besondere Eigenschaften deutlich hervortraten, spricht deshalb dafür, dass die Muster lediglich dazu geeignet waren, der Beklagten einen allgemeinen Eindruck über Beschaffenheit und Geschmack zu vermitteln und nicht der verbindlichen Festlegung der Beschaffenheit der Waren dienen. Bei den hier zu beurteilenden Verträgen handelt es sich somit nicht um Kaufverträge nach Probe oder Muster im Sinne von Art. 35 Abs. 2 lit. c WKR.

34

d)

Aus dem Umstand, dass kein Kaufvertrag nach Probe oder Muster vorliegt, darf allerdings nicht geschlossen werden, die Klägerin sei zur Vorlage von Spezifikationen verpflichtet, um die Vertragsmässigkeit der Ware zu belegen. Vielmehr gilt es in einem ersten Schritt zu beurteilen, ob dem Verkäufer bei Vertragsabschluss ausdrücklich oder auf andere Weise zur Kenntnis gebracht wurde (Art. 35 Abs. 2 lit. b WKR), dass die Ware die geforderten Eigenschaften aufweisen müsse, um für einen bestimmten Zweck geeignet zu sein. In einem zweiten Schritt wäre zu prüfen, ob zur Vertragserfüllung das Vorhandensein dieser Eigenschaften vom Verkäufer durch die Vorlage von Warenspezifikationen zu belegen ist.

35

e)

Der besondere Verwendungszweck der gelieferten Rohstoffe lässt sich gestützt auf die Behauptungen der Parteien, sowie den unstrittigen Qualitätsanforderungen in Bezug auf die

36

Bio-Suisse-Zertifizierung ohne Schwierigkeiten herleiten. Die gelieferte Ware musste geeignet sein, um Bio-Produkte herzustellen (in casu: Bio-Getränke), die später als Bio Suisse-konform vermarktet werden konnten. Dieser besondere Verwendungszweck war für die Klägerin erkennbar.

f)

Wie bereits erwähnt, war die gelieferte Ware zum Zeitpunkt des Gefahrenübergangs nicht Bio Suisse-zertifiziert. Da dieses Qualitätsmerkmal ausdrücklicher Teil der Vertragsabrede bildete, war die Ware vertragswidrig im Sinne von Art. 35 Abs. 1 WKR, solange die geforderten Zertifikate nicht vorlagen. Das Fehlen der zusätzlich geforderten Warenspezifikationen, die in der Vertragsabrede nicht erwähnt wurden, vermag jedoch nicht zur Vertragswidrigkeit gem. Art. 35 Abs. 2 lit. b WKR der Ware zu führen, war es Bio Suisse doch möglich – mit den von der Klägerin gelieferten Informationen – die Kontrollbescheinigungen für die gelieferten Rohstoffe auszustellen. Die gelieferten Rohstoffe waren also für den besonderen Verwendungszweck geeignet. Eine Vertragswidrigkeit i.S.v. Art. 35 Abs. 2 lit. b WKR muss insofern verneint werden.

37

4.

Da das Fehlen von Spezifikationen nicht gegen die Vertragsabrede (Art. 35 Abs. 1 WKR) verstösst, die Vertragsmässigkeit der Ware sich nicht anhand der Beschaffenheitsübereinstimmung mit einem verbindlichen Muster beurteilen lässt (Art. 35 Abs. 2 lit. c WKR) und die gelieferten Rohstoffe die besondere Verwendung zur Herstellung von Bio Getränken nicht verunmöglichen (Art. 35 Abs. 2 lit. b WKR), kommt es hinsichtlich der Beurteilung der Vertragsmässigkeit darauf an, ob das Vorlegen der Warenspezifikationen erforderlich ist, damit die Ware zum gewöhnlichen Gebrauch im Sinne von Art. 35 Abs. 2 lit. a WKR geeignet ist. Massgeblich ist also ein objektives Kriterium (*Christoph Brunner, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 8 zu Art. 35*).

38

a)

Bei der Lieferung von Lebensmitteln kommt dabei der Einhaltung von sog. öffentlich-rechtlichen Vorgaben, insbesondere von nationalen Regelungen u.a. zum Schutz von Verbrauchern, z.B. Normen der Produktsicherheit oder des Lebensmittelrechts, eine besondere Bedeutung zu. Da es um die faktischen Wirkungen dieser Vorschriften geht, kommt es im Übrigen nicht darauf an, ob die Vorschriften wirksam sind oder ob es sich gar um blosse private Normierungen – etwa durch einen Normenausschuss der Wirtschaft – handelt (*MünchKommBGB/Gruber, Art. 35 CISG Rn. 18; Schwenger, in: Schlechtriem/Schwenger (Hrsg.), Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –, 4. Aufl., München 2004, N 14–17 zu Art. 35*).

39

Die Rechtsprechung hat diesbezüglich klare Regeln entwickelt. Mangels gegenteiliger Vereinbarung gehört es nicht ohne weiteres zum gewöhnlichen Gebrauchszweck, dass die Ware den besonderen Standards des Käufers – oder Drittverwendungslandes – entspricht (BGH, 08.03.1995, CISG-online Nr. 144). Im Zweifel muss die Ware deshalb bloss den Regelungen im Verkäuferland genügen (*Christoph Brunner, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 10 zu Art. 35*). Grundsätzlich obliegt es somit dem Käufer, sich über die relevanten öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen zu kümmern und diese zum Vertragsgegenstand

40

zu machen. Von dieser grundsätzlichen Risikoverteilung ist nur abzusehen, wenn die betreffenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften auch im Verkäuferland bestehen, wenn der Käufer den Verkäufer auf die entsprechenden Regelungen hingewiesen hat, ohne sie zum Vertragsgegenstand zu machen oder wenn aufgrund der Umstände – nach dem Vertrauensprinzip (Art. 8 Abs. 2 WKR) – erwartet werden durfte, dass der Verkäufer die entsprechenden Vorschriften kennt und beachtet, z.B. weil er regelmässig in das betreffende Land exportiert (*Christoph Brunner, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 17 zu Art. 35*).

b)

Die Lebensmittelgesetzgebung in der Schweiz und in der Europäischen Union bezweckt in erster Linie den Schutz der Verbraucher und verpflichtet jeden, der Lebensmittel herstellt, verarbeitet, behandelt, lagert, transportiert oder abgibt, Verfahren zu entwickeln, die Gefahren für die Gesundheit des Konsumenten minimieren. Solche Verfahren müssen auf den Prinzipien des HACCP (*Hazard Analysis and Critical Control Points-Konzepts*) beruhen (vgl. Art. 51 LGV; Art. 53 lit. a LGV; Art. 5 EU-Verordnung Nr. 852/2004 über die Lebensmittelhygiene). Weder der schweizerische noch der europäische Verordnungsgeber schreibt den betroffenen Lebensmittelunternehmen jedoch vor, wie das Gefahrenanalyse-Verfahren im jeweiligen Unternehmen konkret implementiert werden soll. Die Gesetzgebung lässt somit die konkrete Ausgestaltung der Gefahrenprävention offen, weshalb je nach implementierten Verfahren andere Dokumente und Informationen notwendig sind. Der Zulieferer kann folglich ohne ausdrückliche vertragliche Vereinbarung nicht wissen, welche Informationen und Dokumente der von ihm belieferte Lebensmittelhändler für die Umsetzung seines Gefahrenidentifikationsverfahrens benötigt. Es liegt deshalb in der alleinigen Verantwortung des betroffenen Lebensmittelherstellers, die für die Umsetzung des Verfahrens notwendigen Informationen und Dokumente zum Vertragsgegenstand eines Warenkaufvertrags zu machen.

41

c)

Das Fehlen der Spezifikationen machte die Ware somit nicht per se ungeeignet für den gewöhnlichen Gebrauch gemäss Art. 35 Abs. 2 lit. a WKR. Doch selbst wenn dies der Fall wäre, so wäre die Klägerin – ohne ausdrückliche Vertragsabrede – nicht verpflichtet gewesen, das spezifische Gefahrenidentifizierungsverfahren der Beklagten und die dafür erforderlichen Informationen und Dokumente in Erfahrung zu bringen und zu liefern. Vielmehr wäre es in der Verantwortung der Beklagten gelegen, beim Vertragsabschluss zu erklären, welche Dokumente sie benötigt und deren Beschaffung zum ausdrücklichen Vertragsgegenstand zu machen.

42

5.

Gemäss Art. 30 WKR ist der Verkäufer nach Massgabe des Vertrages nicht nur verpflichtet die Ware, sondern auch die sie betreffenden Dokumente zu übergeben. Ob der Verkäufer im konkreten Fall zur Übergabe von Dokumenten verpflichtet ist und welche Dokumente das sind, beantwortet sich aus dem Vertrag, aus den massgeblichen Gebräuchen i.S.v. Art. 9 WKR und nach dem Grundsatz von Treu und Glauben (*Widmer, in: Schlechtriem/Schwenzer (Hrsg.), Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –, 5. Aufl., München 2008, N. 6 zu Art. 30*). Gemäss Art. 9 Abs. 1 WKR sind die Parteien an die Handelsbräuche, mit denen sie sich einverstanden erklärt haben, und an die Gepflogenheiten gebunden, die zwischen ihnen

43

entstanden sind. Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so wird angenommen, dass sie sich in ihrem Vertrag oder bei seinem Abschluss stillschweigend auf Gebräuche bezogen haben, die sie kannten oder kennen mussten und die im internationalen Handel den Parteien von Verträgen dieser Art in dem betreffenden Geschäftszweig weithin bekannt sind und von ihnen regelmässig beachtet werden (Art. 9 Abs. 2 WKR).

a)

44

Der Nachweis eines international bekannten Handelsbrauchs stellt eine beweispflichtige Tatfrage dar, also keine von Amtes wegen zu berücksichtigende Rechtsfrage. Diejenige Partei, die sich auf einen bestimmten Gebrauch beruft, ist deshalb dafür beweispflichtig (*Christoph Brunner*, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 5 zu Art. 9). Die Beklagte macht geltend, die Vorlage von Spezifikationen sei im Lebensmittelhandel eine Selbstverständlichkeit und gelte als vereinbart, auch wenn dies nicht ausdrücklich zwischen den Parteien geregelt wurde (vgl. Klageantwort, Ziff. 10). Der behauptete Handelsbrauch ist dem Handelsgericht nicht bekannt und damit zum vornherein nicht gerichtsnotorisch. Zum Beweis wird die Parteibefragung von S[...] von der Beklagten und von L[...] von der Klägerin angeboten. Nachdem jedoch die Klägerin das Vorliegen eines Handelsbrauchs klar bestreitet und nicht anzunehmen ist, dass deren Angestellter anders aussagen würde, lässt sich auf diese Weise der Beweis für einen Handelsbrauch nicht erbringen. Die Behauptung, die Vorlage der von der Beklagten zusätzlich zu den Kontrollbescheinigungen verlangten Warenspezifikationen sei eine aufgrund eines Handelsbrauchs bestehende oder stillschweigend vereinbarte Pflicht, hat damit als unbewiesen zu gelten.

b)

45

Nachdem es der Beklagten nicht gelingt, Beweis dafür zu erbringen, dass die Klägerin vertraglich oder aufgrund von Handelsbräuchen verpflichtet war, über die Bio-Zertifizierung hinaus weitere Dokumente zu den Warenspezifikationen beizubringen, braucht das Vorbringen der Klägerin, die Warenlieferung der Klägerin ohne die Beibringung von Spezifikationen sei zwischen den Parteien zur Gepflogenheit im Sinne von Art. 30 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 WKR geworden, nicht geprüft zu werden.

6.

46

Abschliessend kann damit festgehalten werden, dass die Klägerin nicht verpflichtet war, über die Bio-Zertifizierung hinaus, weitere zusätzliche Dokumente zur Warenspezifikation beizubringen. Eine solche Pflicht ergibt sich weder aus der Vertragsabrede, noch aus dem Gesetz (Art. 35 Abs. 2; Art. 30 i.V.m. Art. 34 WKR). Damit wurden die in der Höhe unbestrittenen Rechnungen über EUR 34'212.00 (Rechnung Nr. 32161) und über EUR 3'420.00 (Rechnung Nr. 32261) nach Lieferung und Vorliegen der Kontrollbescheinigung von Bio-Suisse fällig. Die Voraussetzungen waren für die erstgenannte Forderung am 24. August 2009 und für die zweitgenannte am 14. Oktober 2009 erfüllt. Die Beklagte befindet sich folglich seit der Mahnung vom 15. Oktober 2009 diesbezüglich in Verzug.

7.

47

Die Beklagte erklärt Verrechnung mit behaupteten Schadenersatzforderungen aus der verspäteten Lieferung der Kontrollbescheinigungen betreffend Bio-Zertifizierung. Bei der vorliegenden Verrechnungsforderung handelt es sich um eine Schadenersatzforderung aus

einem internationalen Vertragsverhältnis. Es gilt somit dasselbe wie bei der Hauptforderung: Das WKR ist grundsätzlich auf Kaufverträge über Waren zwischen Parteien unmittelbar anwendbar, wenn sie ihre Niederlassung im Sinne von Art. 10 lit. a WKR in verschiedenen Vertragsstaaten haben (Art. 1 Abs. 1 lit. a WKR).

a)

Die Frage, ob die Verrechnung bzw. Aufrechnung von Forderungen aus dem Vertragsverhältnis im WKR geregelt wird, ist nicht ausschliesslich anhand des Gesetzestextes zu beantworten. Während unbestritten ist, dass das WKR die Verrechnung bzw. Aufrechnung nicht ausdrücklich vorsieht, ist sich die Mehrheit der Lehre einig, dass die Verrechnung insoweit dem WKR untersteht, als es um konventionsinterne Ansprüche geht (*Christoph Brunner*, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 52 zu Art. 4; *Hornung/Fountoulakis*, in: Schlechtriem/Schwenzer (Hrsg.), Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –, 5. Aufl., München 2008, N. 21 zu Art. 81; *Kurt Siehr*, in: Honsell (Hrsg.), Kommentar zum UN-Kaufrecht, N 20 zu Art. 4). Dies ergibt sich gestützt auf Art. 7 Abs. 2 WKR aus dem Synallagma der gegenseitigen Verpflichtungen bzw. dem Zug-um-Zug-Prinzip, das sowohl für die Lieferung als auch für eine Rückabwicklung vorgesehen ist. Die Verrechnung von konventionsinternen Ansprüchen muss bloss geltend gemacht werden und unterliegt sonst keinen besonderen Voraussetzungen (*Christoph Brunner*, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 52 zu Art. 4; *Hornung/Fountoulakis*, in: Schlechtriem/Schwenzer (Hrsg.), Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –, 5. Aufl., München 2008, N. 21 zu Art. 81). Die Aufrechnung konventionsinterner Ansprüche hat denn der Rechtsprechung bisher auch keine Schwierigkeiten bereitet (Kantonsgericht Zug vom 14.12.2009 (A2 2001 105); Handelsgericht Aargau vom 05.02.2008 (HOR.2005.82), S. 23; Oberlandesgericht München vom 09.07.1997 (7 U 2070/97), Ziff. 4). Angesichts der vom WKR angestrebten Einheitlichkeit des Kaufrecht, kommt es somit für die Verrechnung von konventionsinternen Forderungen, das heisst von im Kaufvertrag begründeten Ansprüchen, nicht auf die Eigenheiten des jeweiligen nationalen Rechts an.

48

b)

Es stellt sich allerdings die Anschlussfrage, wie die Ansprüche beschaffen sein müssen, damit sie verrechnet werden können. So sind etwa Retentions- oder Informationsrechte einerseits und Geldforderungen andererseits wohl nicht verrechenbar, da es in der Natur der Sache liegt, dass nur gleichartige Forderungen verrechnet bzw. nach deutscher Terminologie aufgerechnet werden können. Im vorliegenden Fall sind die Forderungen insofern gleichartig, als es sich um Geldforderungen handelt.

49

Die geschützte Kaufpreisforderung ist allerdings in Euro zu begleichen. Zum einen wurde diese Währung vereinbart, zum anderen handelt es sich auch um die Währung am Zahlungsort, hat die Verkäuferin doch Sitz in Deutschland und sind Geldschulden regelmässig Bringschulden. Die behauptete Schadenersatzforderung besteht in Schweizer Franken und wird auch so geltend gemacht. Es handelt sich im wesentlichen um in Schweizer Franken abgerechnete Lagerkosten. Sowohl das schweizerische wie auch das deutsche Recht dürften die Verrechnung von Forderungen in verschiedenen Währungen im vorliegenden Fall nicht zulassen, da es am Erfordernis der Gleichartigkeit fehlt (zum deutschen Recht vgl. *Schlüter*,

50

Münchener Kommentar, 5. Aufl. § 387 N 32; zum schweizerischen Recht vgl. BSK-Peter, Art. 120 OR, N 10).

Auch aus Art. 84 OR könnte die Beklagte nichts zu ihren Gunsten ableiten, da der Kaufpreis zum einen in Euro vereinbart wurde (Art. 72 Abs. 1 OR) und zum anderen der Zahlungsort am Sitz der Beklagten in Deutschland liegt, wo Schulden in Euro zu begleichen sind (Art. 72 Abs. 2 OR). Auch das deutsche Recht kennt keine Regel, wonach eine Gläubigerin ihre auf Schweizer Franken lautende (Schadenersatz-)Forderung in Euro geltend machen darf, um so die Verrechenbarkeit mit einer Euroschuld herbeizuführen. Das Recht, anstelle der vereinbarten Währung in Landeswährung zu bezahlen, steht im übrigen dem Schuldner zu (§ 244 BGB), berechtigt den Gläubiger hingegen nicht, Landeswährung zu fordern (zur Rechtslage in der Schweiz: BGE 134 III 154). Die Frage, ob eine Verrechnung nach nationalem Recht möglich wäre, kann aber letztendlich offen gelassen werden.

51

c)

Wenn die Frage der Verrechenbarkeit von konventionsinternen Ansprüchen dem WKR untersteht, so ist es nämlich nur folgerichtig, dass die Voraussetzungen der Verrechenbarkeit nicht durch Rückgriff auf das nationale Recht, sondern durch vertragsautonome Auslegung des WKR bestimmt werden. Dies gilt umso mehr als die Währungsfrage im internationalen Geschäftsverkehr äusserst wichtig ist und es dem Konventionsziel nach einer einheitlichen Regelung widersprechen würde, wenn an die Voraussetzungen der Verrechenbarkeit von verschiedenen Währungen unterschiedliche Anforderungen gestellt werden (*Hager/Maultzsch*, in: *Schlechtriem/Schwenzer* (Hrsg.), *Kommentar zum Einheitlichen UN-Kaufrecht – CISG –*, 5. Aufl., München 2008, N. 21 zu Art. 81). Vor dem Hintergrund des Zwecks des WKR muss es für die Verrechenbarkeit in Bezug auf die Gleichartigkeit von Forderungen genügen, dass es sich um Geldforderungen handelt und ein Umrechnungskurs besteht, der die Umrechnung überhaupt ermöglicht. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall offensichtlich erfüllt.

52

Dabei gilt es zu beachten, dass für den Umrechnungskurs auf den Zeitpunkt des Zugangs der Verrechnungserklärung abzustellen ist (vgl. *Bucher*, OR AT, S. 439). Vorliegend ist aufgrund des Schreibens der Klägerin vom 18. März 2011 erstellt, dass sie spätestens an diesem Tag die Klageantwort mit der Verrechnungserklärung erhalten hat. Somit ist auf diesen Tageskurs abzustellen (EUR/CHF vom 18. März 2009: 1.26).

53

8.

Nachdem die Verrechenbarkeit nicht am Erfordernis der Gleichartigkeit der Forderungen scheitert, gilt es zu prüfen, ob der Beklagte überhaupt ein Schadenersatzanspruch zusteht.

54

a)

Der Schadenersatzanspruch setzt unter anderem voraus, dass der Käufer die Ware innerhalb einer so kurzen Frist untersucht oder untersuchen lässt, wie es die Umstände erlauben (Art. 38 Abs. 1 WKR) und Sach- oder Rechtsmängel innert angemessener Frist rügt (Art. 39 WKR). Erhebt er die Rüge nicht oder nicht rechtzeitig, so verliert der Kläger das Recht, sich auf die Vertragswidrigkeit der Ware zu berufen und Schadenersatz zu verlangen. Die Rügefrist beginnt bei offenen Mängeln mit Ablauf der Untersuchungsfrist gemäss Art. 38 WKR.

55

Um festzustellen, ob die Mängelrüge rechtzeitig erhoben worden ist und der Käufer seine Ansprüche nicht verloren hat, ist also alleine die Gesamtfrügestfrist massgebend, die sich aus der Untersuchungsfrist und der Anzeigefrist zusammensetzt. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Rechtstraditionen ist im Sinne eines groben Richtwerts von einer Gesamtfrügestfrist von ca. sechs Wochen – welche sich aus einer Untersuchungsfrist von vierzehn Tagen und einer Rügestfrist von vier Wochen zusammensetzt – auszugehen (*Christoph Brunner*, Stämpflis Handkommentar, CISG, N. 13 zu Art. 39). Im vorliegenden Fall ist eine Frist von sechs Wochen im übrigen recht grosszügig, da das Fehlen der «Bio Suisse»-Kontrollbescheinigungen offensichtlich leicht erkennbar war und dafür keine besonderen Untersuchungen der Ware notwendig waren.

56

b)

Die Klägerin bestritt in der Replik, dass die Beklagte das Fehlen der Bio Suisse-Kontrollbescheinigungen für die gelieferte Ware rechtzeitig gerügt habe. In der Duplik wirft die Beklagte der Klägerin in diesem Punkt Rechtsmissbrauch vor. Die Klägerin habe sich nie auf den Standpunkt gestellt, die Rüge der fehlenden Kontrollbescheinigung sei verspätet erhoben worden. Im Gegenteil habe die Klägerin in der Vergangenheit klar zu verstehen gegeben, dass sie bezüglich Kontrollbescheinigungen Fehler gemacht habe und den Mangel beheben werde.

57

c)

Der Umstand, dass die Klägerin erst in der Replik vorbringt, das Fehlen der Kontrollbescheinigungen sei verspätet gerügt worden, schadet ihr nicht. Noven und neue Bestreitungen können auch im zweiten Schriftenwechsel vorgebracht werden (*Leuenberger/Uffer*, Kommentar zur ZPO des Kantons St. Gallen, Art. 163 N 1a). Hier gilt dies umso mehr als die Klägerin erst nach Vorliegen der Klageantwort gehalten war, sich mit der Verrechnungsforderung genauer auseinanderzusetzen.

58

d)

Die letzte Warenlieferung erfolgte am 18. Mai 2009. Die Beklagte führte in der Klageantwort aus, die Beklagte habe sich mit E-Mail vom 7. August 2009 betreffend «Bio Suisse approval» für ihr totales Versagen entschuldigt und dies durch Beilage des entsprechenden E-Mails belegt. Damit kann zwar als erstellt gelten, dass die Beklagte das Fehlen der Kontrollbescheinigungen vor dem 7. August 2009 gerügt hat. Es kann aber nicht als erwiesen gelten, dass die Beklagte die Rüge innert einer Frist von sechs Wochen nach Erhalt der Lieferung, das heisst bis ca. Anfang Juli 2009, gerügt hat. Die Beklagte scheitert damit am Beweis der rechtzeitigen Mängelrüge.

59

e)

Auf den Einwand der verspäteten Rüge kann zwar verzichtet werden. So wird etwa ein konkludenter Verzicht angenommen, wenn sich der Verkäufer vorbehaltlos auf die sachliche Prüfung der Mängel einlässt (anstelle vieler: *Christoph Brunner*, Stämpflis Handkommentar, CISG, N 20 zu Art. 39). Im vorliegenden Fall hat sich die Beklagte auch tatsächlich bereit erklärt, die notwendigen Bio-Zertifikate nachzuliefern, ohne sich auf den Einwand der verspäteten Rüge zu berufen. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, sie habe sich bereit erklärt, in Bezug auf allfällige Schadenersatzansprüche wegen Lagerkosten auf den Einwand der

60

verspäteten Mängelrüge zu verzichten. Bis zur Erklärung der Klägerin vom 7. August 2009 hatte die Beklagte nämlich bloss die Bio-Zertifikate gefordert und weder Schadenersatz geltend gemacht, noch weitere Spezifikationen verlangt. Als die Klägerin die Verpflichtung akzeptierte, die Bio-Zertifikate nachzuliefern, das heisst den Mangel zu beheben (so auch das Verständnis der Beklagten in Duplik, S. 4), ging sie offensichtlich davon aus, die Angelegenheit sei mit der Lieferung der Unterlagen erledigt. Der klägerische Verzicht auf die Einrede der verspäteten Mängelrüge, stand somit offensichtlich von Anfang an unter dem konkludent erklärten Vorbehalt, dass die Beklagte nach Erhalt der Bio-Zertifikate den Kaufpreis begleiche und keine weiteren Ansprüche mehr geltend mache. Dies war auch das Verständnis der Beklagten, versprach sie der Klägerin doch im E-Mail vom 28. Oktober 2009, die Rechnungen zu begleichen, sobald die Genehmigungen von Bio Suisse vorlägen. Aufgrund des Verhaltens beider Parteien muss somit davon ausgegangen werden, dass sich die Parteien darüber einig waren, dass die Kaufpreisforderung vorbehaltlos bezahlt würde, wenn die Bio-Suisse Zertifikate vorlägen. Damit vertritt es sich nicht, dass die Beklagte später ihre Anforderungen an die zu liefernden Dokumente in unzulässiger Weise laufend erhöhte, indem sie im Jahre 2010 nach Vorliegen der Bio-Suisse Genehmigungen unberechtigterweise (vgl. dazu Erwägung II/6) weitere Spezifikationen forderte, um damit – entgegen ihres im Oktober 2010 gegenüber der Klägerin abgegebenen Versprechens – die Fälligkeit der Kaufpreisforderung weiter zu bestreiten und sich neu auch Schadenersatzansprüche vorzubehalten.

9.

Die Kaufpreisforderung ist somit begründet und fällig. Die behauptete Schadenersatzforderung, die mit der Kaufpreisforderung verrechnet werden soll, wäre zwar grundsätzlich verrechenbar, ist jedoch verwirkt. Die Klage ist damit im vollumfänglichen Betrag von EUR 37'632 zuzüglich Zins zu 5% seit 16. Oktober 2009 zu schützen.

61

IV.

Bei diesem Ausgang des Verfahrens trägt die Beklagte die Kosten des Verfahrens, bestehend aus Gerichts- und Parteikosten der Klägerin. Die Entscheidgebühr ist in Berücksichtigung des Streitwerts von gerundeten CHF 50'000.00 auf Fr. 12'000.00 festzusetzen (Art. 13 Ziff. 322 GKT in Verbindung mit Art. 12 Abs. 2 Ziff. 1 GKT). Die Beklagte hat die Klägerin mit gerundeten Fr. 14'000.-- (inkl. Mehrwertsteuer) zu entschädigen (Art. 14 lit. c HonO, 15 HonO, 18 lit. a HonO, 28bis HonO und 29 HonO).

62

Das Handelsgericht hat

63

entschieden:

1. Die Beklagte wird verpflichtet, der Klägerin EUR 37'632.00 nebst Zins zu 5% seit 16. Oktober 2009 zu bezahlen.
2. Die Beklagte bezahlt die Entscheidgebühr von Fr. 12'000.--. Der Klägerin wird die Einschreibebühr von Fr. 1'000.-- zurückerstattet.
3. Die Beklagte hat die Klägerin mit Fr. 14'000.-- zu entschädigen.